

Sinnlos



Liebe Leserin
Lieber Leser

Nun sind die Karten offengelegt: Die Baselbieter Regierung will für alle Staatsangestellten – Lehrpersonen inklusive – per 2020 ein neues, privatwirtschaftlichen Standards entsprechendes Lohnsystem installieren. Der bislang praktizierte Modus mit Lohnklassen und Erfahrungsstufen soll ersetzt werden durch sogenannte Lohnbänder. Und am unteren Ende der Lohnrunden-Nahrungskette darf Ihre Schulleitung, gestützt auf eine Beurteilungsmatrix mit Ratings von C bis Triple A, alsdann darüber richten, wie sich Ihr Salär (nicht) entwickelt.

Gemäss Begründung des Regierungsrats Sorge das neue Modell für mehr Flexibilität, stärke das MAG als Führungsinstrument und Sorge für eine höhere Verteilungsgerechtigkeit (sic!). Diese Schlagwörter riefen mir ein bemerkenswertes Buch in Erinnerung: «Sinnlose Wettbewerbe – Warum wir immer mehr Unsinn produzieren» von Mathias Binswanger. Beeindruckt von seinem Werk, hatte ich den Ökonomen Binswanger 2012 als Referenten für die LVB-Delegiertenversammlung gebucht. Seine Kernaussagen lauteten:

1. Der Anspruch, komplexe Tätigkeiten qualitativ messen zu wollen, ist eine Illusion. Messen lassen sich einzelne Aspekte, die sodann ins Zentrum gerückt werden. Darunter leidet die Qualität als Ganzes.
2. Das Menschenbild, wonach Arbeitnehmer Zuckerbrot und Peitsche benötigen, um Leistung zu erbringen, ist gerade in Bereichen wie der Bildung verfehlt, da wir dort auf die intrinsische Motivation der Beteiligten bauen müssen. Diese aber wird durch abstruse Qualitätsmessungen zerstört.
3. Solche Systeme werden immer ohne Mitsprache der Betroffenen eingeführt. Ausbaden müssen es ja dann andere.
4. Es werden hochfliegende Indikatoren-systeme erstellt, deren Aussage-wert einer Blackbox ähnelt. So entstehen Arbeitsplätze für Menschen, die sich mit Daten beschäftigen. [Der Anthropologe David Graeber prägte in diesem Kontext übrigens den Begriff «Bullshit-Jobs».]

Bis vor wenigen Jahren waren Schulen beneidenswert unbürokratische Institutionen. Seitdem die Politik damit begonnen hat, Schulen wie Unternehmen zu behandeln, steigt der Anteil an Zwischenhierarchien, Formularen, Protokollen und Evaluationen unaufhörlich – und der Stellenpool für Nichtunterrichtende wächst munter mit. Verkehrte Welt: Das New Public Management, vorangetrieben durch angeblich wirtschaftsliberale Kräfte, entpuppt sich als Inbegriff des Bürokratismus.

Das Vorurteil, wonach ein Etatist sein müsse, wer beim Staat arbeitet, ist falsch. Beileibe nicht jeder Staatsangestellte hält sämtliche Formen staatlichen Jobwachstums für richtig. Und was wir ganz bestimmt nicht brauchen, ist ein aufgeblähter, pseudoobjektiver Qualitäts-Kontroll-Administrations-Kennzahlen-Moloch, der schon in der

Privatwirtschaft lediglich vorgibt, zu funktionieren.

Dass aber nur eine starke öffentliche Schule mehr Chancengerechtigkeit und soziale Durchmischung ermöglicht; dass ein intaktes staatliches Gewaltmonopol eine angemessen alimentierte Polizei voraussetzt; dass eine professionelle Verwaltung nicht mit Angestellten gelingt, die allein aus Mangel an Alternativen beim Staat arbeiten – das müsste an sich allen Zeitgenossen einleuchten, unabhängig von der politischen Couleur.

Es sei denn, wir wollten eine schulische Zweiklassengesellschaft angelsächsischen Zuschnitts. Oder Bürgerwehren à la USA. Und endlose Wartezeiten für staatliche Dienstleistungen wie in Südeuropa. Damit all das nicht Realität wird, braucht es – neben dem Verzicht auf weitere Abbauübungen – einen Kanton, der als Arbeitgeber attraktiv und verlässlich ist und der nicht die Fehler der Privatwirtschaft mit zeitlicher Verzögerung nachäfft.

Die Wahrheit ist: Strikt Staatsgläubige und strikt Marktgläubige leiden an der gleichen Krankheit, dem *morbus ideologiae*. Ein erfolgreiches Gegenmittel gegen dieses Leiden vermochte in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch niemand zu finden. Die Hoffnung ruht daher auf einem gelegentlichen Korrektiv durch die Schwarmin-telligenz des Stimmvolkes – wie am 24. September, als der vermeintlich «effiziente und flexible Staatsapparat» an der Urne versenkt wurde. Wie mir scheint, muss auch in Sachen Lohnsystem in diese Richtung agiert werden.

Freundliche Grüsse

Roger von Wartburg
Präsident